

1 **Gegenwind für Umwelt- und Naturschutz**

2 Geopolitische Krisen und Disruptionen, veränderte Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten
3 und eine schwächelnde Wirtschaft haben einen beispiellosen Roll-back im Natur-, Umwelt-
4 und Klimaschutz ausgelöst. Dabei ignorieren relevante politische Akteure die Existenz oder
5 das Ausmaß der unverändert fortbestehenden Klima- und Biodiversitätskrisen oder weigern
6 sich wegen kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen, die notwendigen Konsequenzen zur
7 Krisenbewältigung zu ziehen. Diese Krisen sind Ausdruck einer globalen Übernutzung
8 planetarischer Grenzen durch das Wachstumsmantra.

9 Auf europäischer Ebene werden Umweltstandards aufgeweicht, zentrale umweltpolitische
10 Errungenschaften wie der „Green Deal“ oder Richtlinien wie die FFH- und die
11 Vogelschutzrichtlinie- oder die Wasserrahmenrichtlinie in Frage gestellt und die neue EU-
12 Förderperiode an den Interessen der industriellen Landwirtschaft ausgerichtet.

13 Die Bundesregierung, die seit einem Jahr im Amt ist, fährt von Anfang an einen Kollisionskurs
14 gegen Klima- und Umweltschutz. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird ausgebremst,
15 die Wärmewende rückabgewickelt. Das schadet nicht nur dem Klima, sondern verschärft
16 auch die Abhängigkeit Deutschlands gegenüber anderen Ländern. Mit dem Bauturbo wird der
17 Flächenverbrauch beschleunigt, und statt des Ausbaus zukunftsfähiger Mobilität steuert die
18 Bundesregierung mit der Abkehr vom Verbrenner-Aus verkehrspolitisch in eine Sackgasse.

19 Gleichzeitig werden unter dem Schlagwort der Planungsbeschleunigung Beteiligungsrechte
20 und Umweltstandards eingeschränkt und das Engagement von Umweltverbänden infrage
21 gestellt. Klar ist: Umweltverbandsklagen sind kein Angriff auf Demokratie oder Wirtschaft,
22 sondern Ausdruck rechtsstaatlicher Kontrolle. Wenn Regierungen und Verwaltungen
23 gesetzliche Pflichten nicht erfüllen, müssen Umweltverbände diese Pflichten gerichtlich
24 überprüfen lassen können. Wer Klagerechte schwächt, schwächt nicht Bürokratie, sondern
25 demokratische Teilhabe und Kontrolle sowie den Schutz gemeinsamer Lebensgrundlagen.

26 In Thüringen verlieren Umwelt- und Naturschutz in der Brombeerkoalition immer stärker an
27 politischem Gewicht. Mittelkürzungen, Rückabwicklung des Klimaschutzes und Eingriffe in
28 den Artenschutz dominieren die Umweltpolitik. Unter dem fragwürdigen Vorwand des
29 Fischartenschutzes wird der Kormoran zum Abschuss freigegeben. Geld wird freiwillig aus
30 einem überzeichneten Fördertopf zur Landwirtschaft geschoben und „Entlastungsgesetze“
31 entlasten vor allem die Wirtschaft, nicht unsere Natur.

32 In dieser Situation kommt es auf den BUND Thüringen an. Es sind unsere Mitglieder und
33 Ehrenamtlichen in den Kreis- und Ortsgruppen, die tagtäglich Aufgaben übernehmen, welche
34 staatliche Pflicht wären. Sie sichern Lebensräume, schützen Arten und tragen Verantwortung
35 für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen – oft unentgeltlich, aber nie umsonst.

36 Der BUND Thüringen fordert die Landesregierung auf, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz
37 wieder in den Fokus zu rücken. Wir fordern:

38 **Naturschutz – Auf Erfolge aufbauen – Fördermittelbürokratie abbauen**

39 **Netzwerk Natura 2000-Stationen:** Die Natura 2000-Stationen sind Rückgrat des praktischen
40 Naturschutzes und haben sich über 10 Jahre in Thüringen als wichtige Akteure für die
41 Umsetzung der Ziele im Schutzgebietsnetz Natura 2000 etabliert. Sie sind verlässliche
42 Partner für Landnutzende, Behörden, Kommunen und Verbände. Wir fordern die
43 Landesregierung auf, das Netzwerk Natura 2000-Stationen im Hinblick auf die Daueraufgabe
44 der Erhaltung, Pflege und Entwicklung der Lebensräume und Arten der FFH- und
45 Vogelschutzrichtlinie über 2030 durch eine auskömmliche Finanzierung zu sichern.

46 **Naturschutzfinanzierung:** Die notwendige Kofinanzierung für Fördermittel des Bundes und
47 der Europäischen Union für den Natur- und Umweltschutz ist vom Freistaat bereitzustellen.
48 Die aktuell im Landeshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel decken nicht den Bedarf an
49 avisierten Projekten. ENL-Mittel müssen, auch in der neuen Förderperiode, mindestens
50 10 Mio. Euro jährlich betragen.

51 **Bildung:** Das Konzept für die Bildung der Nachhaltigen Entwicklung hat sich in Thüringen
52 etabliert. Zahlreiche Einrichtungen bringen auf hohem Niveau Wissen über Umwelt an
53 Thüringerinnen und Thüringer. Das BNE-Siegel steht für Qualität. Die damit verbundene
54 Förderung für zertifizierte Einrichtungen ist auch über 2027 hinaus weiterzuführen.

55 **Abbau der Fördermittelbürokratie:** Wer wirkungsvollen Naturschutz will, darf Verbänden und
56 ehrenamtlichen Strukturen die Arbeit nicht erschweren. Wir fordern vom Thüringer
57 Umweltministerium, vom Finanzministerium und von den zuständigen Förderstellen einen
58 verbindlichen Plan zum Bürokratieabbau im Naturschutz: mit vereinfachten Antragsverfahren,
59 praxistauglichen Nachweispflichten, schnelleren Bewilligungen, verlässlichen Auszahlungen
60 und einer angemessenen Vorfinanzierung.

61 **Ressourcenschutz: Recycling statt Raubbau**

62 Ressourcenschutz bedeutet, die Stoffkreisläufe in den planetarischen Grenzen zu wahren
63 und lokale Eingriffe im Bewusstsein globaler Materialströme zu bewerten.

64 Nach wie vor wird im Südharz Naturgips abgebaut und Abbauflächen sollen erweitert
65 werden. K+S kündigt einseitig seine Versprechen auf und will auch nach 2027 weiter Salz in
66 die Werra leiten. Mit Klagen halten wir als BUND dagegen. Anstelle von weiterem Raubbau
67 müssen Recycling, Kreislaufwirtschaft und naturverträgliche Alternativen in den Vordergrund
68 rücken. Wir fordern den Freistaat auf, diesen Weg in seiner Rohstoffstrategie konsequent
69 vorzugeben und unsere Natur- und Kulturlandschaften nicht länger wirtschaftlichen
70 Einzelinteressen zu opfern.

71 **Energie und Klima**

72 Die Energiewende muss konsequent vorangetrieben werden. Wir fordern gebäudegebundene
73 Solarenergie durch solare Baupflicht zu stärken, statt Freiflächen-PV zu priorisieren. Wir
74 fordern den naturverträglichen Ausbau der Windenergie im Rahmen der Vorgaben des Wind-
75 an-Land-Gesetzes und der Regionalplanung. Damit auch die Kommunen vor Ort besser

76 partizipieren, ist die Ausweitung der Regelungen des Windbeteiligungsgesetzes
77 (verpflichtende Abgabe von 0,2 ct/kWh) auf Bestandsanlagen durchzuführen.

78 Die Landesregierung muss die überfällige Fortschreibung der Klimaschutzstrategie
79 unverzüglich vorlegen. Die Strategie muss konkrete Maßnahmen, Zuständigkeiten, Zeitpläne,
80 Finanzierungswege und Monitoring-Instrumente enthalten. Ein neues Energiegesetz darf
81 diese Strategie nicht ersetzen, sondern muss sie rechtlich und praktisch absichern.

82 Zusammenfassend fordert der BUND Thüringen die Landesregierung und insbesondere den
83 Thüringer Umweltminister auf, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz wieder eine starke Stimme
84 zu geben. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auch im Bundesrat für starke
85 Umweltstandards, wirksamen Naturschutz und eine konsequente Energiewende einzusetzen.
86 Die Einschränkungen der Rechte von Umweltverbänden wird der BUND Thüringen nicht
87 akzeptieren.

88 Zudem will zur nächsten Landtagswahl mit der rechtsextremen AfD in Thüringen eine Partei
89 an die Macht, welche den Klimawandel leugnet, AKWs wieder in Betrieb nehmen oder neu
90 bauen und zur Senkung der Energiekosten alle deutschen Klimaschutzmaßnahmen
91 abschaffen will und ebenfalls den vollständigen Wegfall des Verbandsklagerechts fordert.
92 Der BUND Thüringen warnt davor, solchen Narrativen, die demokratische Beteiligungs- und
93 Klagerechte einschränken und Kernelemente bisheriger Umweltpolitik abschaffen wollen,
94 Raum zu geben.

95 Daher werden wir auch im Bündnis „Zusammenstehen – vielfältig, solidarisch, weltoffen“
96 gemeinsam mit der Zivilgesellschaft anlässlich des Parteitages der AfD am 04. Juli 2026 in
97 Erfurt für eine weltoffene, lebenswerte und nachhaltige Gesellschaft in Erfurt und Thüringen
98 öffentlich eintreten.